

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Verleger: John Sonnabend.
Verlagsort: Berlin, Unter den Eichen 10/11.
Erscheinung: 14 Tage im Monat.
Preis: 1,50 Mark pro Quartal.

Herausgeber:
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
Berlin, N.O., Greifswalder Straße 22/23.

Anzeigen und Briefe:
Geschäftsamt, 40 W. Familienamt, 25 W.
Verbandsamt, 10 W., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 22/23.
Verantwortlicher: Amt Aligander, Nr. 4728.

Nr. 5/6.

Berlin, Sonnabend, 2. Februar 1919.

Einundfünfzigster Jahrgang.

Inhaltsverzeichnis

Streikrecht und Streikunrecht. — Eine Hauptvorstandsbesprechung des Gewerksvereins. — In die Arbeiter des Bergbaus. — Das doppelte Gesicht der Blodade. — Allgemeines. — Amtlicher Teil. — Aus dem Verbandsamt. — Literatur. — Anzeigen.

Streikrecht und Streikunrecht.

Das die Deutschen Gewerksvereine für die Aufrechterhaltung des Streikrechts der Arbeiterschaft einhalten, bedarf keiner näheren Betonung. Sie haben in der Vergangenheit den Beweis erbracht, daß sie den Streik als letztes Mittel zur Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse anzuwenden verstehen; sie haben aber auch stets zu erkennen gegeben, daß von ihnen die miträuchelnde Anwendung des Streiks verurteilt wird. Es braucht an dieser Stelle nicht näher dargelegt zu werden, daß die Deutschen Gewerksvereine seit langen Jahren bei allen vorkommenden Differenzen aus dem Arbeitsverhältnis in erster Linie den Weg der Verständigung mit dem Arbeitgeber vorgezogen haben. Erst wenn dieser Weg, der über die Schlichtungsstellen und Einigungsämter hinweg gehen muß, nicht zum Ziele führt, erst dann soll in den Streik eingetreten werden. Aber auch das nur unter Voraussetzungen, die keine Schädigung der Allgemeinheit bedeuten. Der Zweck des Streiks wegen Lohnforderungen liegt doch darin, daß der Profit, den der Unternehmer erzielt, neben einer angemessenen Bezugsnahme des Anlagekapitals, zu Lohnabgaben und Lohnhöhen verwendet wird, die den Arbeitern eine möglichst gute Lebenshaltung ermöglichen. Steigt die Lohnhöhe aber über die Beträge hinaus, die von den Betrieben erzielt werden, so daß nicht nur kein Gewinn, sondern Verlust entsteht, dann untergraben sich die Arbeiter durch hohe Lohnforderungen, die durch Streiks erzwingen werden, ihre eigene Existenz. Unsere Industrie geht dabei zu Grunde, wir werden von der Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt ausgeschaltet, und das Ende ist Arbeitsmangel und wohl auch völlige Stilllegung mancher Betriebe, die den Arbeitern bisher Arbeits- und Erwerbsmöglichkeiten in ausreichendem Maße gewährleisteten.

In diese große Gefahr der Vereitelung breiter Volkswirtschaft sind wir leider jetzt hineingeraten. Beeinflusst durch überbordante, geringe Minderheiten, ist einem großen Teil der Arbeiterschaft die Überlegung abhanden gekommen. Die in den wirtschaftlichen Berufsverbänden, vereinigten Arbeiter können dergleichen zu haben, welche Vorteile ihnen materiell und moralisch durch die unermüdete Tätigkeit der Führer dieser Verbände errungen worden sind. Allerdings nur schrittweise, wie es auch gar nicht anders sein kann. Jetzt in der Revolution, in der wir ja noch immer stehen, jetzt wo der Sozialisierungsgedanke in frischer Form und im Sammelgangstempo hervortritt werden soll, wie es die unermüdeten Helden wünschen, jetzt erhoffen die Arbeiter ein goldenes Zeitalter, in dem ihnen die gebratenen Lenden mühelos in den Mund fliegen. O, wie groß wird die Enttäuschung sein, wenn die raube Wirklichkeit alle Theorien über den Hosen wirft! Und dieser Zeitpunkt kann nicht mehr fern sein, denn unsere Wirtschaft hält diesen Druck nicht mehr lange aus. Sie muß dabei zugrunde gehen, und alles, was in jahreslänglichem Ringen mühsam aufgebaut worden ist, fällt in ein Nichts zusammen.

Neben den sprunghaften, unnatürlichen Lohnforderungen tritt als erschwerender Umstand für unsere Wirtschaft die Tatsache in die Erscheinung, daß auch die Leistungsfähigkeit der Arbeiterschaft gesunken ist. Das macht sich ganz besonders im

Kohlenbergbau bemerkbar. So ist nachzuweisen, daß der einzelne Bergmann heute kaum die Hälfte von dem leistet, was er unter normalen Verhältnissen zu leisten vermochte. Die geistliche Unruhe und die Hoffnung, daß bei einer einmaligen Sozialisierung des Bergbaus weniger gearbeitet werden braucht, aber mehr verdient würde, hat vielen Beratern den Kopf vernebelt. Tatsächlich liegen die Dinge doch so, daß ein sozialisierter Betrieb auf Kosten und zum Nutzen der Allgemeinheit geführt wird. Ist unter diesen Verhältnissen die Leistungsfähigkeit der Arbeiter nur gering und wiegt der Wert der Produkte die Betriebskosten nicht auf, dann kann weder die Allgemeinheit, noch die im Betrieb selbst tätigen Arbeiter Nutzen von diesem sozialisierten Betrieb haben. Die Allgemeinheit hat auch kein Interesse an seiner Weiterführung, da die aus dem Staatsfiskus zu leistenden Zuschüsse auf die Dauer nicht getragen werden können. Die Lohnhöhe muß und wird sich immer nur nach dem Wert der geleisteten Arbeit richten können, und deshalb ist es völlig verfehlt zu glauben, daß nun weniger gearbeitet, aber mehr verdient werden müsse als im privatwirtschaftlichen Betrieb. Auch unter der Sozialisierung kann nur mit Wasser gefischt werden. Es erscheint uns notwendig darauf hinzuweisen, daß die fünfzigjährige Erziehungsarbeit der Sozialdemokratie ansehend nicht das gebracht hat, was man erhoffte. Statt daß der Sinn für das Gemeinwohl und die allgemeinen Interessen gestärkt und gefördert wurde, ist eine Sucht nach eigenen Vorteilen in breiten Massen der Arbeiterschaft, ja auch der Angestellten, entstanden, die ungewissheit auf eine Schädigung der Gesamtheit hinausläuft. Fünfzig Jahre lang ist den Arbeitern gesagt worden, daß eine gewaltige Verbesserung ihrer Lage eintreten würde, wenn erst einmal die Sozialdemokratie die Hand am Staatsruder habe. Dieser Fall ist jetzt eingetreten und nun soll mit einem Schlag diese versprochene Aufbesserung einleiten. Das ist natürlich nach Lage der Dinge gar nicht möglich, denn auch dann, wenn eine Sozialisierung hierfür reifer Betriebe vollzogen werden sollte, dann erst tritt die Notwendigkeit angestrengtester Arbeit ein, deren Lohnhöhe von dem Ertrag der Betriebe und auch von dem Maß der geleisteten Arbeit abhängig ist.

Jede durch Streik erzwingene Lohnhöhung über dieses Maß hinaus wird zum Streikunrecht. Mit dieser Ansicht stehen wir durchaus nicht allein. Am 21. Januar veröffentlichte der „Vorwärts“, das Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei, hinsichtlich folgenden Satz: „Streikrecht wird zum Streikunrecht, wenn damit Leistungen erzwingen werden, die über das Maß der aufzubewahrenden Produktionskraft hinausgehen. Dann ist die Anwendung des Streiks eine wirtschaftliche Gefahr und hat die Wirkung, die ökonomische Kraft des Volkes zu vermindern.“ Dieser Ansicht pflichten wir bei und stimmen auch dem folgenden Satz des „Vorwärts“ zu: „Jeder Mensch hat Anspruch auf einen angemessenen Teil der vorhandenen Existenzmittel. Wer sich mehr aneignet, als bei gerechter Verteilung auf ihn entfallen würde, schädigt die anderen.“

In der Tat liegen die Dinge so, daß die heutige Art, in der Lohnforderungen teils mit Gewalt, teils ohne jede Rücksicht auf öffentliche und allgemeine Interessen, unter Anwendung des Streiks durchgesetzt werden, nicht nur eine Schädigung der Gesamtheit des Volkes bedeutet, sondern den Arbeitern auch nur einen sehr geringen Vorteil bietet. Diese Lohnforderungen vermindern tatsächlich häufig die ökonomische Kraft des Volkes, und sie bedeuten mehr, als bei gerechter Verteilung der Existenzmittel auf diejenigen entfallen würde, die an dem hohen Lohnforderungen beteil-

igt sind. Unter solchen Umständen wird das Streikrecht in Wahrheit zum Streikunrecht, wie sich an einigen wenigen Beispielen leicht nachweisen läßt.

Im Kohlenbergbau sind jetzt Streiks an der Tagesordnung, deren Berechtigung nicht nachgewiesen werden kann. Wenn in Obersachsen pro Mann 800 Mk. Entschädigungsgeld verlangt wird, so bedeutet das eine Belastung der Industrie von 160 Millionen Mark. Die vermag aber diese Industrie nicht zu ertragen. Sie ist durch Lohn-erhöhungen, die auf dem Verhandlungswege für sich eingeführt wurden, ohnehin stark belastet worden. Ihre Ertragsfähigkeit leidet durch die stark verminderte Leistungsfähigkeit der Arbeiterschaft, durch die Einführung des Achtstundentages, durch Erhöhung aller Materialpreise usw. Die Folge davon war eine ganz erhebliche Verteuerung der Kohlenpreise, die nur die Konsumenten, also auch die Arbeiterschaft allgemein belasten. Durch Erhöhung der Kohlenförderung infolge der wilden Streiks sind Betriebsbeeinträchtigungen wichtiger anderer Industrien, darunter der Nahrungsmittelindustrie und der Landwirtschaft mit ihren Nebenbetrieben eingetreten. Arbeitslosigkeit in großem Umfang, Erschöpfung der Nahrungsmittelversorgung sind die Folgen solcher wilden Streiks, und damit tritt zweifellos eine große Schädigung unserer an sich schon schwer genug ringenden Wirtschaft ein. Jede Rücksicht auf die gesamten Interessen der Arbeiterschaft und des ganzen Volkes wird beiseite gesetzt, unsere Kohlenindustrie, auf deren Erträge wir heute viel mehr denn je angewiesen sind, wird dem Ruin entgegengeführt und damit eine Schädigung der im Kohlenbergbau tätigen Arbeiterschaft selbst verursacht. So wird das Recht zum Unrecht, und den direkt beteiligten Arbeitern erwächst kein Vorteil, sondern Schaden.

In gleicher Weise wird das Streikrecht zum Streikunrecht, wenn in gemeinnützigen Betrieben, wie der Eisenbahn, in Gas- und Elektrizitätswerken, ohne genügend vorhergehende Verhandlungen plötzlich und unerwartet Streiks herbeigeführt werden, die alles wirtschaftliche Leben an der Wurzel bedrohen und die auch unsere Nahrungsmittelversorgung auf das schwerste beeinträchtigen. Ferner gewalttätige Eingriffe in unser ganzes Wirtschaftsleben, mit allen seinen Zusammenhängen müssen jetzt und in der nächsten Zukunft unterbleiben. So wie die Dinge heute liegen, kann die Arbeiterschaft auf die Anerkennung berechtigter Forderungen mit Bestimmtheit rechnen. Als berechtigt kann man aber nur solche Forderungen ansehen, die eine Schädigung des Volksganges ausschließen und die kein Hindernis zum Wiederaufbau unserer Wirtschaft bedeuten. Soll der Sozialisierungsgedanke markfähiger, über dessen Wert man gewiß an sich streiten kann, dann müssen Sonderinteressen einzelner Gruppen hinten angelegt und das Volkswohl in erster Linie ins Auge gefaßt werden. Erst wenn man dem nicht Rechnung, dann wird das Streikrecht in der Tat zum Streikunrecht.

Eine Hauptvorstandskonferenz der Gewerksvereine

hat am 31. Januar und 1. Februar in Berlin stattgefunden, um zur gegenwärtigen Lage, gleichzeitig aber auch zu einer Reihe von Fragen, die den bevorstehenden Verbandstag beschäftigen werden, vorbereitende Stellung zu nehmen. Den ersten Punkt der Tagesordnung bildete eine gründliche Aussprache über die politische Lage und die Nationalversammlung. Dabei wurden die wilden Streiks klar beurteilt, ebenso

von Arbeitskräften und ein Wachsen der Zahl der Arbeitslosen, weil infolge des Rohstoffmangels und der Verkehrsnot, die insbesondere eine unzureichende Versorgung mit Kohlen mit sich brachte, sich die meisten Industriezweige nicht in genügendem Maße auf die Friedenswirtschaft umstellen konnten. Beeinträchtigt wurde die Umstellung auch durch die Ungefährtheit der Laage. Wenn vereinigt eine gute oder unveränderte Beschäftigung, z. B. in einzelnen Zweigen des Maschinenbaues, gegenüber dem Vormonat feststellbar wurde, so liegt das daran, daß einzelne Betriebe diese Umwandlungen ausnahmsweise leichter bewirken konnten. Vielfach mußte wegen Kohlen- und Rohstoffmangels mit verkürzter Betriebszeit gearbeitet werden. Von wesentlichem Einfluß war die Durchführung des Rüstungsaufbaues, die mit zahlreichen Lohnsteigerungen Hand in Hand ging.

Die Nachwirkungen der Krankenkassen lassen für die am 1. Dezember in Beschäftigung stehenden Mitglieder im Vergleich zum Anfang des November eine geringfügige Zunahme um insgesamt 2419 oder 0,0 v. S. erkennen. Wenn in dieser Statistik statt einer zu erwartenden starken Abnahme eine, wenn auch recht unbedeutende Zunahme hervortritt, so ist dies darin begründet, daß die Beschäftigung des männlichen Geschlechts nicht wie diejenige des weiblichen eine Verringerung um 1,8 v. S., sondern eine Steigerung um 2,1 v. S. erkennen läßt. Bei der Beurteilung dieser Zunahme der männlichen Beschäftigten ist folgendes zu beachten: Das Ausscheiden der Kriegsgefangenen kommt in dieser Statistik nicht zur Erscheinung. Es ist stets hervorzuheben worden, daß die Krankenkassenstatistik die Kriegsgefangenen nicht umfaßt und daher einen vollen Ueberblick über die Beschäftigung des männlichen Geschlechts nicht ermöglicht. Da die Kriegsgefangenen in der Kriegswirtschaft mit Arbeiten für den notwendigen Friedensbedarf des Inlandes befaßt worden sind, war bei dem gleichzeitigen Aufhören der Kriegslieferungen und der Gefangenearbeit für einen Teil der Arbeiter der Kriegsindustrie Arbeitslosigkeit ohne weiteres vorhanden. Durch die Notwendigkeit, die Umstellung der gesamten Betriebe auf die Friedenswirtschaft zu bewerkstelligen, ergaben sich ebenfalls weitere Beschäftigungsmöglichkeiten. Wie weit es sich dabei aber um Wiedereinstellung von Kriegsteilnehmern in ihre früheren Arbeitsstätten und um Weiterbeschäftigung der bisher Beschäftigten mit mehr oder weniger verkürzter Arbeitszeit lediglich zwecks Verringerung der wachsenden Arbeitslosigkeit handelt, ist aus der Statistik nicht zu erkennen. Auffallend ist, daß die Abnahme der Frauenbeschäftigung im Berichtsmont nicht so stark wie im Verlaufe des Oktober gewesen ist.

Nach den Feststellungen von 31 Fachverbänden, die für 1414 712 Mitglieder berichteten, betrug die Arbeitslosenzahl Ende November 26 144 oder 1,8 v. S. Im Oktober war von 32 Fachverbänden über eine Arbeitslosigkeit von 0,7 v. S. berichtet worden. Die Arbeitslosigkeit ist also bereits ziemlich beträchtlich gestiegen.

Die Statistik der Arbeitsnachweise läßt erkennen, daß im Berichtsmont die Zahl der Arbeitstenden, bezogen auf die Zahl der offenen Stellen, sowohl bei den männlichen als auch bei

dem weiblichen Geschlecht gestiegen ist: im November kamen auf 100 offene Stellen bei den männlichen Personen 74 Arbeitstende, beim weiblichen Geschlecht 101 (gegen 46 bzw. 70 im Vormonat); das lebhafteste Ansehen des Andraanes würde noch stärker hervortreten, wenn nicht die Durchschnittsziffer durch das noch immer außerordentlich niedrige Angebot von Bergarbeitern und bestimmten Facharbeitern herabgedrückt worden wäre.

Die Berichte der Arbeitsnachweiserbände über die Vermittlungstätigkeit im November zeigen für Schlesien, die Provinz Sachsen, Anhalt und für das Rheinland besonders in der 2. Hälfte des Monats eine Zunahme des Andraanes der Arbeitstenden bei gleichzeitig steigender Nachfrage. In Thüringen ist ebenfalls die Zahl der männlichen und weiblichen Arbeitstenden sowie die der offenen Stellen bedeutend gestiegen, und zwar bei dem männlichen Geschlecht in stärkerem Maße als bei dem weiblichen. Das gleiche gilt für die Vermittlungstätigkeit. In Sachsen, Hannover, Braunschweig, Schleswig-Holstein, sowie in Baden, Württemberg, Berlin und in der Provinz Brandenburg ist hauptsächlich nach der politischen Umwälzung, bald eine starke Ueberfüllung des Arbeitsmarktes hervorgetreten. Ein ähnliches Bild ergibt sich für Bayern. Dahingegen überwiegt in Oldenburg, in Mecklenburg-Schwerin sowie in Westfalen und Lippe gegen Ende des Berichtsmontes die Zahl der offenen Stellen in den meisten Industriezweigen diejenige der Arbeitstenden. Nur in den beiden letztgenannten Bezirken ging die Nachfrage nach weiblichen Arbeitskräften sehr zurück.

Umtlicher Teil.

Bekanntmachung.

Den Arbeitersekretariaten, Rechtsanwaltsstellen und Auskunftsbüros unserer Organisation sind die Fragebogen für die Statistik betreffend Katerstellung und Verteilung pro 1918 zugestellt worden. Diejenigen Stellen, welche diese Sendung nicht erhalten haben, melden das zweckmäßigst sofort nach hier. Die Fragebogen bitten wir recht bald ausgefüllt zurückzusenden. Trotz starker Arbeitsbelastung aller beteiligten Kollegen muß verüht werden, eine möglichst umfassende und vollständige Statistik rechtzeitig fertigzustellen. Wir rechnen auf die tatkräftige Mitarbeit aller in Betracht kommenden Kollegen!

Mit kollegialem Gruß!
Der geschäftsführende Ausschuss des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.
J. A. S. Reustedt, Verbands-Sekretär.

Aus dem Verbands.

Vertra. Der Distriktsklub der Deutschen Gewerksvereine nimmt jetzt seine regelmäßigen Arbeiten wieder auf. Seine Sitzungen finden jeden ersten und dritten Mittwoch im Monat abends 7½ Uhr im Verbandsbause,

Greifswalderstr. 22/23 statt. Die erste Sitzung wird am Mittwoch den 5. Februar abgehalten. Den einleitenden Vortrag über die Nationalversammlung hält der Verbandssekretär Kollege Lewin.

Da sich im Distriktsklub namentlich für die jüngeren vorwärtsstrebenden Kollegen Gelegenheit bietet, ihr Wissen zu vermehren und sich reuierlich auszubilden, kann der Besuch des Distriktsklubs nur auf das dringendste empfohlen werden. Wenn wir unsere Sache vorwärts bringen wollen, brauchen wir zahlreiche Kräfte, die im Sinne unserer Bestrebungen arbeiten und den Gegnern jederzeit mit guten Gründen entgegen treten können. Hierfür bildet der Distriktsklub die Schule. Wer es also irgend möglich machen kann, wäge an diesen Sitzungen regelmäßig teilzunehmen.

Unzeigen-Teil.

Gewerksverein der Deutschen Zigarren- und Tabakarbeiter (G.Z.T.), Sitz Heidelberg.

Ausschreibung.

Zum 1. April 1919 ist die frei gewordene Stelle des Generalsekretärs und Hauptkassierers in unserm Gewerksverein neu zu besetzen. Dieser Beamte hat die Geschäfte des Gewerksvereins gemäß den Beschlüssen des Hauptvorstandes und des Organ der Gewerksvereine, Deutscher Tabakarbeiter zu verwalten. Er muß daher mit allen Fragen der Arbeiterbewegung vertraut sein, im Organisationsleben Erfahrung besitzen und in schriftlichen Arbeiten durchaus bewandert sein.

Ferner muß der Beamte reuierlich begabt und in der Lage sein, die Ideen der Deutschen Gewerksvereine öffentlich zu vertreten. Er muß einem dem Verband G.Z.T. angehörenden Gewerksverein angehören und mit den in Betracht kommenden beruflichen Fragen der Mitglieder vertraut sein.

Die Anstellung wie die Gehaltsregelung erledigt die am 16. März d. J. in Heidelberg stattfindende Generalversammlung.

Bewerber, die sich befähigt fühlen, das Amt eines Generalsekretärs und Hauptkassierers auszuführen, wollen ihre selbstgeschriebenen Bewerbungsgehäfte unter gleichzeitiger Einreichung eines kurzen Lebenslaufes und eines zur Veröffentlichung in unserem Organ, Deutscher Tabakarbeiter geeigneten agitatorisch wirkenden Aufsatzes bis zum 15. Februar 1919 an das Hauptbüro des Gewerksvereins der Deutschen Zigarren- und Tabakarbeiter zu Händen des Vorsitzenden Herrn Joh. Stephan, Heidelberg, Hauptstraße 22, einreichen.

Der Hauptvorstand.

Attenregister für Arbeitersekretariate.

In übersichtlicher Weise eingerichtet zur Eintragung der angelegten Atten. Unentgeltlich für jedes Arbeitersekretariat und jede Rechtsanwaltsstelle der Deutschen Gewerksvereine. Daraus der Ueberblick über den Bestand der behandelten Fälle.

Nr. 1 für 100 Atten Preis 3,00 Mark
" 2 " 500 " 8,00 "

Unserem empfehlen wir wiederholt:

Eintragsscheine für die Statistik
Form. D Nr. 1 für etwa 200 Kartons 1,50 Mk.
Form. D Nr. 2 " 500 " 3,00 "
Form. D Nr. 3 " 1000 " 5,00 "

Formulare für Kassen- und Inventuren
Form. A für Berufungsschriften 25 Stk.,
Form. B " Returs- bzw. Revisionschriften 1,50 Mk.

Personalfragebogen.
Form. C. 50 Stk. 1,50 Mk.
Beratung nur gegen Voreinrichtung der Beträge an den Verbandskassierer Rudolf Klein, Berlin Greifswalderstraße 22/23.

Storbefehl.

Im 4. Quartal 1918 sind nachstehende Mitglieder der Begräbnisliste des Verbandes gestorben:

Wittliche nummer	Name der Verstorbenen	Name der Verwaltungsstelle	Gegalt des Begräbnisses
2083	Bolowsta	Bauhandwerker	106
1502	Berthold	Metallarbeiter	140
741	Frauh	"	140
1280	Frehl	"	140
1968	Hogler	Porzellanarbeiter	140
1476	Wüller	Rudolfarbeiter	140
3465	Sigmund	Schneider	60
2722	Gambel	Schm. u. Schneid.	90
5197	Schletter	"	100
5113	Hunger	Textilarbeiter	100
2794	Otto	"	90
Ga. Mart 1245			
Rudolf Klein, Hauptkassierer.			

Wichtig!

Alle Gewerksvereinskollegen, die bei der Firma Bergmann in Rosenthal arbeiten, werden aufgefordert, sich beim Obmann Kollegen Etzdinger, Autobau (Dreherei) oder Etzingerstr. 5 Quergeb. 1 zu melden.

Jahresabschluss der Begräbnisliste des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine pro 1918.

Einnahme	K		Ausgabe	K		J	
	1917	1918		1917	1918	1917	1918
Im Vortrag vom Jahre 1917	2845	75	Der Begräbnisgeld	6661	66		
Beiträgen	10613	75	Verwaltungskosten, Porto zc.	1348	90		
Zinsen	5734	41	Material und Drucksachen	87	75		
			Inzerate	50	—		
			Miete	400	—		
			Zurückgegebene Beiträge	30	88		
			Depot-Gebühren	70	—		
			Ressortbestand	10434	72		
						19088	91

Gesamtvermögen	Reinwert		Anschaffungswert		Ruchwert	
	K	J	K	J	K	J
80% Deutsche Reichs-Anleihe	63500	—	58978	45	48101	25
20% Deutsche Reichs-Anleihe	19500	—	19196	90	19196	90
20% Berliner Stadt-Anleihe	24400	—	24243	85	21350	—
4% Berliner Stadt-Anleihe	19500	—	19471	95	19000	—
4% Charlottenburger Stadt-Anleihe	4000	—	3957	50	3886	—
4% Weimung Doppelhaken-Wandbrücke	18000	—	17580	50	17088	50
L. Doppelhel 44%	7000	—	7000	—	7000	—
Ressortbestand	10434	72	10434	72	10434	72
			166834	72	160618	87
					145667	57

Vertra, den 1. Januar 1919. Mitgliederzahl: 2304. R. Klein, Hauptkassierer.
Vertra, den 9. Januar 1919. Geprüft und richtig bekannt. Der Aufsichtsrat:
J. Klittig, U. Reiff, Herrmann Scharrf.

die zum Teil unsinnigen Lohnforderungen, die den Wiederaufbau unserer Wirtschaft unmöglich machen. Die Wahl von vier Gewerkschaftsführern in die Deutsche Nationalversammlung wurde freudig begrüßt. Dagegen bedauert, daß der Organisation nicht auch für die preussische Nationalversammlung eine ähnliche Vertretung eingeräumt worden ist. Um für die Zukunft nach dieser Richtung Wandel zu schaffen, wurde allerseits eine noch stärkere Betätigung der Gewerkschaften im politischen Leben befürwortet. Auch die Frage der Sozialisierung der Betriebe nahm in der Aussprache einen breiten Raum ein. Allgemein wurde die Ansicht vertreten, daß nur reife Betriebe dafür in Betracht kommen können und umfassende Maßnahmen auf diesem Gebiete nur möglich seien, wenn man sich auch in anderen Ländern dazu versteht.

Die gegenwärtige Lage der Deutschen Gewerkschaften seitliche ebenfalls einen regen Gedankenaustausch, aus dem namentlich die kleineren, leider nicht vertretenen Gewerkschaften manche gute Lehre hätten ziehen können. Im allgemeinen ist eine erfreuliche Mitgliederzunahme zu verzeichnen. Bedingt in den Industrien, die über Materialmangel zu klagen haben, steht es damit nicht günstig. Der Friedensstand im ganzen Verbands ist jedenfalls überschritten. Es könnte noch mehr erreicht werden, wenn man mehr als bisher noch darauf bedacht wäre, die Kollegen der Organisation wieder zuzuführen, die vor ihrer Einberufung zu uns gehört haben. Daran müßten namentlich die Außenbeamten der Angewandten Schulen, schon um sich einen in der Organisation und Agitation bereits geschulten Stamm von Helfern und Mitarbeitern zu sichern.

Der zweite Tag der Sitzung brachte zunächst die Beratung eines neuen Programmentwurfs für den Verbandstag. Die vom Geschäftsführenden Ausschuss der Konferenz unterbreitete Vorlage enthält keineswegs eine Abkehr von unsern bewährten Grundsätzen. Wohl aber trägt sie den veränderten politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen Rechnung. Von einigen unwesentlichen Änderungen abgesehen, förderte die Besprechung des Entwurfs völlige Übereinstimmung zutage. Er wurde an den Geschäftsführenden Ausschuss zur redaktionellen Abänderung zurückverwiesen und soll dann dem Zentralrat als Antrag für den Verbandstag zur endgültigen Beschlussfassung vorgelegt werden.

Die Konferenz beschäftigte sich dann mit einigen anderen Vorschlägen für den Verbandstag. Als Hauptthema sollen die Fragen der Sozialisierung und der staatlichen Arbeitslosen-Versicherung behandelt werden. Als Redner über das erste Thema soll ein befreundeter Sachverständiger agieren werden. Die zweite Frage soll der Verbandsredakteur Kollege Lewin behandeln. Weiter befürwortete Kollege Hartmann einen Plan, der eine häufigere Einberufung der Hauptvorstände vorseht, diesen Konferenzen den Charakter eines Beirats für den Zentralrat beilegen und damit eine andere Zusammenfassung des Zentralrats beschließen will. Der Vorstand, der im allgemeinen Ansehen fand, wird ebenfalls den Verbandstag beschäftigen.

Im Zusammenhang mit diesen Vorschlägen wurde die finanzielle Lage des Verbandes und der Organikasse einsehend besprochen. Die Wirkungen des Krieges zusammen mit den herrschenden Löhnerverhältnissen haben hier einen ungünstigen Einfluss ausgeübt. Die Konferenz sprach sich dahin aus, daß dem Verbandsrat künftig mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden müssen, wenn er seinen mannigfachen Aufgaben, insbesondere der Agitation, besser gerecht werden und auch seinen Beamten eine angemessene Belohnung zuteil werden lassen soll. Zum Teil werden die fehlenden Mittel durch die steigende Mitgliederzahl beschafft werden. Im übrigen konnte über den einschlägigsten Weg keine Einigung erzielt werden.

Bezüglich der Organikasse, die durch die enorme Steigerung der Druckpreise außerordentlich stark belastet wird, soll ebenfalls noch ein Weg zur Besserung gesucht werden. Unbedingt müsse das Verbandsorgan erhalten bleiben, das war die übereinstimmende Meinung. Der vorgeschlagene Verteilungsplan soll mit dem Hauptvorstand des davon am meisten betroffenen Gewerkschafts der Metallarbeiter noch einmal besprochen und dann von einer dazu eingesetzten Kommission erneut beraten werden.

Die Gesellschaft für Soziale Reformen benötigt zur Durchführung ihrer Aufgaben größerer Mittel und hat auf ihrer Hauptversammlung wesentlich erhöhte Beiträge beschlossen. Dieselben sollen gemeinsam vom Verbandsrat und den einzelnen Gewerkschaften getragen werden. Jedem Gewerkschaft soll der auf ihn entfallende Betrag vom Verbandsrat voll mitgeteilt werden.

Die schon mehrfach aus den Reihen der Mitglieder angeregte Verschmelzung aller Gewerkschaften - Kranke- und -Sterblichkeitskassen zu einer kurzen Aussprache, in der sich alle Redner gegen den Vorschlag wandten. Wenn auch die entgegenstehenden Hindernisse nicht gerade unüberwindlich seien, so seien sie doch groß genug. Lediglich und in Anbetracht der in den einzelnen Betrieben herrschenden Verschiedenheit bezüglich der Beiträge und gesundheitlichen Verhältnisse wurde allseitig eine Verschmelzung abgelehnt. Endlich wurde noch die Frage besprochen, wie eine stärkere Beteiligung der Gewerkschaften an Kongressen und ähnlichen öffentlichen Veranstaltungen erzielt werden kann. Vielfach sind dabei die Gewerkschaften nicht in genügender Zahl vertreten. Trotz der großen Inanspruchnahme der Beamten sollen die Gewerkschaftsleitungen künftig mehr Wert auf die Beschickung solcher Zusammenkünfte legen. Aber auch die Mitglieder selbst können dazu beitragen, indem sie, wo die Vorbedingungen dafür gegeben sind, sich in die Ausschüsse und Vorstände der Fremden-Lassen, in die Gewerkschaften usw. wählen lassen, wodurch ebenfalls eine stärkere Vertretung unserer Organisation auf den betreffenden Tagungen herbeigeführt werden kann. Nachdem endlich noch auf eine rege Beteiligung an dem Verband deutscher Kriegsgeschädigter und Kriegsteilnehmer hingewiesen worden war, wurde die Sitzung, die von dem Geiste der Zuerst und Einigkeit getragen war, mit dem Wunsch auf glückliche Durchführung der gefassten Beschlüsse geschlossen.

Au die Arbeiter des Bergbaus.

Die geradezu trostlose Lage des deutschen Wirtschaftslebens ist neben den unheimlichen politischen Verhältnissen und der Lebensmittelmangel auf

die Kohlennot

zurückzuführen, die immer schlimmere Folgen seit. Bereits seit November vorigen Jahres ist ein Kohlenarbeiterstreik dem anderen. Obwohl die Forderungen der Bergarbeiter in weitgehendstem Maße erfüllt worden sind, werden immer neue Ansprüche gestellt. Es wird neuerdings gefordert, daß die Bergwerksbesitzer jedem Arbeiter eine große Summe Geld für in der Bergangeheit geleistete Arbeit auszahlen sollen, ohne Rücksicht darauf, ob von jedem Einzelnen der Empfänger die Arbeit tatsächlich geleistet worden ist, vor allen Dingen jedoch ohne Rücksicht darauf, ob die Werke überhaupt noch in der Lage sind, die außerordentlich hohen Beträge zu zahlen. Solche Bedingungen können doch nur gestellt werden, in der Absicht, die Kohlenförderung zu verringern und eine Kohlennot herbeizuführen. Mit der zunehmenden Kohlennot verliert unsere

Kraft, Wärme und Lichtquelle.

und es entsteht ein völliger Rohstoffmangel bei denjenigen Wirtschaftszweigen, die sich auf die Kohle, den Koks und die Gewinnung der Nebenprodukte als ihre einzige Rohstoffquelle stützen. So wird

das Ungeheuerliche

Ergebnis: Deutschlands Wirtschaftsleben geht zu Grunde, weil die Kohlenarbeiter die Arbeitsleistung ablehnen, wenn auch Millionen Sünde infolgedessen aus Ruanoel an Arbeitslosigkeit rufen müssen. Die Gemeinden und Arbeiterorganisationen verwenden riesige Summen, um den Arbeitslosen die Ernährung zu ermöglichen, während die Arbeitslosigkeit durch Verschwendung oder Einschränkung der Kohlenförderung vergrößert wird. Dadurch muß der Zusammenbruch unserer Wirtschaft und unserer Volksernährung eintreten. In dieser Stunde der Gefahr hält sich die

Arbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands für verpflichtet, die Warnung an die beteiligten Arbeiter zu richten, das deutsche Land und seine Wirtschaftskraft vor dem Ruin zu bewahren. Während des Krieges ist die Versorgung unseres Landes nicht eingetreten - sie darf nun nicht durch die eigene Verwässerung, der

die weitgehende politische Freiheit

zuteil geworden ist, herbeigeführt werden. Darum sind Rufe und wilde Streiks nicht die Wege, die Euch zum Ziele führen! Nur durch die Organisationen könnt Ihr Eure Interessen richtig vertreten und Euch dauernd eine den Lebensbedürfnissen entsprechende Ernährung sichern.

Die Arbeitgeber erziehen wir gemäß dem Willkommen der Arbeitnehmer und Arbeitgeberorganisationen vom 15. November 1918 die Arbeitsbedingungen zu regeln.

Die Regierung fordert wir auf, mit größter Entschiedenheit alle Maßnahmen zu treffen, die eine ausreichende Kohlenförderung und die Aufrechterhaltung der für unser Wirtschaftsleben unentbehrlichen Betriebe sichern.

Nur einiges und geschlossenes Vorgehen

dieser drei Faktoren kann uns vor der furchtlichsten Katastrophe bewahren, die je ein Volk bedroht. Möge diese Mahnung in der letzten Stunde, die uns zur Umkehr bleibt, nicht ungehört verhallen! Die deutsche Arbeiterschaft hat Zeugnis abzugeben, nicht nur vor dem eigenen Lande, sondern vor der ganzen Welt, ob sie reif ist für die Ausübung der größten politischen Freiheit, ob sie fähig ist zum wirtschaftlichen Aufbau. Sie muß sich ihrer Verantwortung bewußt sein und ihre Pflicht gegenüber den Familien, gegenüber dem eigenen Volk und seiner Zukunft. Wer sich in diesen schweren Tagen der Pflichterfüllung entzieht, trägt die Verantwortung für das Elend, das über unser Volk hereinbrechen muß, das Elend, das letzten Endes ihn und seine Familienangehörigen in gleichem Maße treffen wird.

Das doppelte Gesicht der Blase.

Von einem führenden Kollegen, der längere Zeit im besetzten Gebiet gehobelt hat, legt aber dicht an der Grenze desselben läßt ist, geht uns die nachstehende interessante Schilderung zu:

Wohl niemand von uns dachte beim Abschluß des Waffenstillstandes daran, daß die Entente noch monatelang die Blase aufrecht halten würde. Statt des Abzuges aber ist eine Verdrängung erfolgt durch Spernung der Ostsee, durch Duldnung und teilweise Begünstigung polnischer Kräfte im östlichen Uckermarkgebiet und vor allem durch Verlegung der westlichen Blasegrenze an den Rhein.

Im linksrheinischen Gebiet zehrten an den Vorräten die große deutsche Armee auf dem Rückmarsch, die dort schon im November beimgehenden deutschen Militärpersonen und jetzt die Truppen der Entente, letztere hauptsächlich an den Kartoffelvorräten. Für Gemüse, Milch, Fleisch, besonders im nördlichen Teile ist zur Zeit Milch und Gemüse im Ueberflut. Kartoffel ist für 15 bis 25 Pfg. zu haben, rote Mören für 8 bis 12 Pfg. An Feinmaterial fehlt es nicht wegen der Masse Braunföhlenbrühe, die nicht über den Rhein können. Durch allerbald Kanäle fließen Teile der für die allierten Truppen gelieferten Verpflegung auch in die Privatbalkungen. Teils werden die Lebensmittel von einartierten Soldaten als Geschenk oder im Tauschhandel gebracht, teils werden sie den Eisenbahnern als Zulage geliefert, teils wird dafür die Ehre der deutschen Weiblichkeit verhandelt.

Die Entente versucht alle während des Krieges in das besetzte Gebiet zugezogenen Personen abzuwickeln und läßt nur ärmlich aus dem freien Deutschland Leute herein, die vor dem Kriege linksrheinisch wohnten. Dadurch wird der Ueberfüllung der Städte und großer Arbeitslosigkeit entgegengewirkt. Dazu dienen auch Verbesseerleichterungen, die alles für die linksrheinischen Fabriken nötige Rohmaterial herbeiführen. In einzelnen Gebieten ist trotz mancher Beschränkungen der Ernährungslage die Not groß, besonders im bergischen Lande, im Saarrevier usw. Tolle Samstagsfabriken werden hier trotz aller Weiserdenerungen gemacht. Politisch herrscht eine Art Straßhofstraße inmole der Pressezensur, des Verbotes rechtsrheinisch-deutscher Schriften, Versammlungs- und Wirtschaftseinschränkungen, durch frühe Polizeistunde usw. Nebenbei wird durch letztere die Beleuchtungsnot der großen Städte gemildert. Mergelisch sind die Requirierungen von Jagtieren und Maschinen.

Nun das andere Gesicht! In den rechtsrheinischen Großstädten fehlt es an Milch, an Gemüse, an Feinmaterial, an Arbeit. Es drängen sich die von links ausgemieteten und die nicht nach links heringelassenen Personen an den Grenzen des besetzten Gebietes zusammen, steigert die Arbeitslosigkeit und die politische Unruhe! Die Städte wissen kaum von einer Woge in die andere zu kommen, und Pläne von Wohnungsenteignungen und Beschäftigungserboten für nicht ortsansässige Personen tauchen auf zur Verringerung der Wohnungsnot und der Arbeitslosigkeit. Wird nicht spätestens zum Frühjahr der Blasenauflauf aufgehoben, dann ist die Katastrophe da. Sie wird

aber auch nicht ohne Einfluß sein auf die Länder der Entente. So groß drüben den hochentwickelten Staatsmännern die Lust an weiteren Eroberungen des deutschen Volkes ist, so groß ist auch die Lust vor der Revolution im eigenen Lande.

Würde die Entente alle die Kräfte, die jetzt auf deutschem Boden eine Blockadelinie schaffen, Kontrolle über Handel und Verkehr üben und Befähigungsmittel treiben, mit Organisations- und Wiederaufbauarbeiten im eigenen Lande beschäftigen, es wäre für beide Teile besser. Es wäre dadurch mehr gebient dem, was wir alle und trotz allem immer noch erhoffen, dem Frieden der Verständigung unter den Völkern.

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 7. Februar 1919.

Gewerksveiner in den Nationalparlamenten der Einzelstaaten. Unsere Erwartung, daß außer den bereits genannten Kollegen noch andere in die Parlamente gewählt worden sind, ist erfreulicherweise nicht enttäuscht worden. In die Nationalparlamentarier für Preußen ist unser Freund Boer-Plagbeurg, Mitglied des Gewerksvereins der Fabrik- und Handarbeiter, und in die für Bayern außer dem bereits erwähnten Kollegen Schmäler auch der Kollege Kieger-Ausburg vom Gewerksverein der Metallarbeiter gewählt worden. Gostentlich kommen wir in die Lage, demnachst noch weitere Erfolge ähnlicher Art melden zu können.

Der Ständige Ausschuss zur Förderung der Arbeiterinnen-Interessen hat bekannt, daß sein Archiv, das geschätzte Material (Erhebungen, Literaturverzeichnisse, Zeitungsausschnitte) über alle Gebiete der Arbeiterinnenfrage enthält, allen Interessenten zu unentgeltlicher Benutzung zur Verfügung steht. Mündliche und schriftliche Auskünfte über Arbeiterinnenfragen, Zusammenstellung von Material zur Vorbereitung von Arbeiten usw. werden von der Geschäftsstelle, Berlin W. 35, Verfilingerstr. 17, gern unentgeltlich übernommen.

Einschränkung der Erwerbslosenfürsorge. Am 15. Januar ist eine Abänderung der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 13. November 1918 vom Reichsministerium erlassen worden, aus der folgende Punkte hervorgehoben sind:

1. Personen, die während des Krieges zur Aufnahme von Arbeit in einen anderen Ort gezogen sind, darf an diesem Ort eine Unterstützung nicht länger als insgesamt vier Wochen gewährt werden, auch wenn ihnen eine geeignete Arbeit nicht hat nachgewiesen werden können. Die gleiche Beschränkung gilt für die vorläufige vorübergehende Unterstützung von Kriegsteilnehmern (bisher war die Unterstützungsdauer nicht begrenzt worden). Die Unterstützung ist so lange nicht zu entziehen, als die Rückkehr in den früheren Wohnort tatsächlich unannehmbar ist.

2. Die Gemeinden und Gemeindeverbände sind verpflichtet, die Unterstützung zu verweigern oder zu entziehen, wenn der Erwerbslose sich weigert, eine nachgewiesene Arbeit anzunehmen.

3. Die Entziehung der Erwerbslosenunterstützung darf nicht vor Ablauf von zwei Wochen nach dem Inkrafttreten dieser Verordnung eintreten.

Reines Organisationswesen! Mit dieser Mahnung wendet sich die „Metallarbeiter-Zeitung“ im Beilagenheft ihrer vorletzten Nummer vom 18. Januar an die Mitglieder, von denen wir hoffen, daß sie die Weisung nicht unbeachtet lassen. In dem Artikel, der zur Werberarbeit auffordert heißt es:

Darum wollen wir noch wie vor für die Ausbreitung und Vertiefung des Deutschen Metallarbeiter-Bundes werben; wir wollen aber keine Zwangsmassnahmen gegen solche Metallarbeiter und Metallarbeiterinnen annehmen, die sich unseren Reihen nicht anschließen wollen. Wer nicht aus Überzeugung zu unserem Bunde kommt, der bleibt ihm lieber fern.

Es ist zwar verständlich, daß Verbandsmittelglieder in diesem Punkte anderer Meinung sind. Sie hegen einen gerechten Groll gegen die Minorität und Mitarbeiterinnen, die der Verband erregt, sich sehr gerne gefallen lassen, ohne auch nur das geringste Opfer dafür zu bringen, die da ernten, ohne gesät zu haben. Selbstverständlich dürfen wir kein Mittel unversucht lassen, solche Leute aufzuklären und ihnen nachzuweisen, daß die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen noch vollkommen sein könnte, wenn auch in die Reihen ihrer kämpfenden Arbeiterüber einzutreten einen Zwang auf solche Leute auszuüben, hat aber, wie gesagt keinen Wert.

Es etwas Abschlüsse man besser den Gellen. Wie dies es an manchen Stellen geschrieben haben, lassen wir die Teil unserer Verbandskollegen ein Glas zu trinken.

Gegen diese Grundzüge läßt sich nichts sagen. Es ist nur leider sehr häufig dagegen verstoßen worden. Selbst unsere Gewerksvereinskollegen, die als organisierte Arbeiter im Kampf um die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen jeder Zeit ihren Mann gestanden haben — denn das erfordert die Zugehörigkeit zu unserer Organisation — sind in vielen Betrieben schlichter und dramatisiert worden, wenn sie sich nicht dem Metallarbeiterverbande oder einer anderen „freien“ Gewerkschaft anschließen wollten. Und das dies so war, daran trug die frühere Schreibweise der „Metallarbeiter-Zeitung“ ein gewisses Maß der Schuld. Jetzt, wo Freiheit die Parole ist, scheint man sich auf jener Seite auch endlich der Positionsfreiheit zu erinnern. Es geht ja schließlich auch nicht anders. In einer Zeit, wo die Zentralen der verschiedenen Organisationsrichtungen auf allen wichtigen Gebieten gemeinsam arbeiten, muß auch der Kleinfriede unter den Mitgliedern aufhören. Freiheit muß für alle, für jede Überzeugung gelten. Deshalb wünschen wir der Mahnung der „Metallarbeiter-Zeitung“, hinter der sicherlich die gesamte Verbandsleitung steht, nachdrücklichste Wirksamkeit.

Ein großer grundsätzlicher Fortschritt in unserem Siedlungswesen. In aller Stille, ohne viel Aufhebens, scheint sich jetzt ein Fortschritt von großer grundsätzlicher Bedeutung in unserem Siedlungswesen zu vollziehen. Im Rahmen des Reichsarbeitsamtes ist nämlich jetzt vor kurzem eine besondere „Abteilung für Wohnungs- und Siedlungsfragen“ gegründet worden, an deren Spitze der neue Reichs- und Staatskommissar für das Wohnungswesen, Herr Scheidt, steht. Dieser Abteilung ist nun zugewiesen nicht nur die städtische Wohnungsjorge, sondern auch die ländliche und das Siedlungswesen überhaupt. Damit ist einmal und das Siedlungswesen oberer Reichsstelle aus eine planmäßige Wohnungs- und Siedlungspolitik in Stadt und Land getrieben werden soll, woran es bislang nur zu sehr gefehlt hat, zum anderen aber ist damit für diese große Aufgabe von Anfang an die notwendige Einheitlichkeit angebahnt — und gerade hierauf ist im Interesse der Sache das allergrößte Gewicht zu legen. Nur bei einem einheitlichen, innerlich übereinstimmenden Vorgehen in Stadt und Land wird es möglich sein, die großen Probleme unseres Siedlungswesens überhaupt in der richtigen, erfolgversprechenden Weise in Angriff zu nehmen, und insbesondere kann es nur bei solcher Einheitlichkeit gelingen, auf die große Frage der richtigen Verteilung der Bevölkerung über das ganze Reichsgebiet allmählich den nötigen Einfluß zu gewinnen. Diese Frage aber ist gerade für das neue Deutschland in seinen drängenden Verhältnissen von der allergrößten Wichtigkeit. Auf der einen Seite bedürfen bei uns verdrängte, düstere Kleinstadtbereiche einer gewissen Entlastung, Kraft deren sie ihre überflüssige Bevölkerung abströmen lassen können, auf der anderen aber harren weit dünn besiedelte Gebiete des Großgrundbesitzes und der Moorgebiete der Siedlerkräfte die sie zum Vorteil des Gemeinwohls zu neuem Leben und neuer Kraft erwecken sollen. Nicht minder ist ein Ausgleich zwischen nichtlandwirtschaftlicher und landwirtschaftlicher, zwischen ländlicher und städtischer Bevölkerung gerade in der nächsten Zeit dringend notwendig. Infolge der Einwirkungen des Krieges und der Revolution werden Hunderttausende, vielleicht Millionen in den Städten und in der Industrie keine Lebensmöglichkeit mehr finden, auf dem Lande aber bietet sich gerade durch die geplante großzügige innere Kolonisation und durch den in die Wege zu leitenden allgemeinen intensiveren und moderneren Betrieb der Bodenkultur. Endlich aber müssen auch in der Verteilung der städtischen und industriellen, überhaupt der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung über das Staatsgebiet allmählich gewisse Änderungen herbeigeführt werden. Wir wollen und müssen loskommen von der bisherigen einseitigen Zusammenballung in den Großstädten und der einseitigen Großstadtkultur; auch die nichtlandwirtschaftliche Bevölkerung muß wieder viel mehr Zusammenhang mit dem Boden und mit der Natur bekommen. Das ist eine unbedingte Lebensnotwendigkeit für unser Volk. Dazu ist aber eine planmäßige Dezentralisationspolitik zur Bevölkerung der großen Städte und zur Förderung auch der kleineren Orte notwendig. So erweisen sich Aufgaben allerwertigster Art für die neue Abteilung, deren glückliche Lösung von entscheidender Bedeutung für den Wiederaufbau unseres Landes sein wird. Selbstverständlich ist es unmöglich, daß die neue Abteilung alle diese Aufgaben mit einem Schläge löst, aber es möge der Anfang gemacht wird. Für gutes Fortschreiten wollen wir alle herzlich Glück auf den Weg wünschen, denn es sind unser aller Lebensinteressen, um die es sich handelt.

Der Verband deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegsteilnehmer. Der am 26. Juni 1918 unter Mitwirkung des größten Teils der auf nationalem Boden stehenden Angestellten- und Arbeiterorganisationen gegründete „Verband deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegsteilnehmer“ hat aus allen Teilen des Reiches lebhafteste Zustimmung erfahren. Überall wird Werbematerial verlangt. Eine große Anzahl von Organisationen der Arbeiter und Angestellten, des Mittelstandes und der Beamenschaft, hat sich inzwischen körperlichgeschlossen. Der Ausschuss weiterer steht bevor. Parteipolitisch und religiös ist der Verband völlig neutral. Er vertritt alle Bestrebungen, die auf der Kriegsbeschädigten parteipolitisch auszuüben.

In den Kreisen der Kriegsbeschädigten und Kriegsteilnehmer findet der Gedanke des körperlich-schlechtlichen Anschlusses der Berufs- und Standesvereinigungen an die Kriegsbeschädigtenorganisation und des reiflichen Einlasses aller Kräfte für dieselbe lebhaftesten Anklang. Eine für die Kriegsbeschädigten und weiterhin auch für die Kriegsteilnehmer günstige Interessensvertretung und Behauptung der Erwerbsmöglichkeiten kann ja auch naturgemäß nur gemeinsam mit den wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Berufs- und Standesvereinigungen erzielt werden.

Auch der Gedanke des Zusammenchlusses der Kriegsbeschädigten und der Kriegsteilnehmer in eine Organisation erweist sich immer mehr als richtig. Unter den Millionen derer, die für Heimat und Volk bluten und leiden mußten und noch müssen, wird sich niemals nur einermäßigen genau bestimmen lassen, wer nun als Kriegsbeschädigter anzusehen ist oder wer nicht. Und wenn auch für die wirklich ernstlich Kriegsbeschädigten den übrigen Kriegsteilnehmern gegenüber Sonderinteressen verschiedener Art bestehen, und wenn es Interessengegenstände gibt, so läßt sich doch erst recht durch organisierte Zusammenfassung aller der verständnisvoller Gemeinschaftsarbeit eine wirkliche Interessensvertretung und ein Ausgleich etwaiger Gegensätze erzielen.

Zu jeder Auskunft über den Verband und zu Auskunft und Beratung jeder Art für Kriegsbeschädigte und Kriegsteilnehmer sind die örtlichen und zentralen Leitungen der körperlich-schlechtlich angeschlossenen Vereinigungen, sowie auch die Reichsgeschäftsstelle des Verbandes, Berlin SW. 6, Kochstraße 9, gern bereit.

Unsere deutsche Volkerversicherung hat bestimmt bei Ausbruch des Krieges allen ihren Versicherten, die zu den Bahnen alten und infolge dessen ihre Versicherungsbeiträge nicht weiterzahlen konnten, diese ohne weiteres gestundet. Demgemäß hat sie für alle Versicherten, die auf dem Felde der Ehre gefallen sind, die bedingungslose Versicherungssumme an die Hinterbliebenen ausgezahlt. Das ist hoch anerkennenswert; zu solch weitgehenden gemeinnützigen Opfern hat sich keine andere Versicherung aufgeschwungen! Diese Stundungsvergünstigung muß natürlich nunmehr nach Beendigung des Krieges in dem Interesse der Versicherungsgeheimheit ihr Ende finden; sie kommt mit dem 31. Januar 1919 in Fortfall.

Um das Erlöschen ihrer Ansprüche zu vermeiden, müssen daher solche Versicherungsnehmer alsbald die Weiterführung ihrer Versicherung beantragen und die Beitragszahlung aufnehmen. Können sie die rückständigen Beiträge nicht nachzahlen, so wird auf Wunsch stattdessen die Beitragszahlungsdauer und die Frist bis zur Auszahlung der für den Todesfall versicherten Leistung verlängert oder auch die Versicherungssumme herabgesetzt. Auch den Anträgen von Nichtkriegsteilnehmern auf Erneuerung ihrer während des Krieges erloschenen Versicherung wird unsere Volkerversicherung bis auf weiteres zu gleich günstigen Bedingungen stattgeben.

Die Bewegung für den Achtstundentag macht auch im Auslande rapide Fortschritte. Der Volkswirtschaftliche Ausschuss der österreichischen Nationalversammlung hat sich am Ende des vergangenen Jahres mit einem Gesetzentwurf über den Achtstundentag beschäftigt, der ihn allerdings nur für die fabrikmäßigen Betriebe mit mehr als 20 Personen vorsieht. Ein sozialdemokratischer Antrag, die Vorlage auch auf die Kleinbetriebe auszudehnen, wurde abgelehnt. Dagegen fand ein anderer Antrag Annahme, für Frauen den freien Sonnabendnachmittag einzuführen und ihre Arbeitswoche von 48 Stunden auf 44 zu verkürzen. In der Schweiz, so entnehmen wir der „Soz. Frag.“, hat die Durchführung der 48-Stundenwoche, einer der Hauptprogrammpunkte des vom 9. bis 14. Nov. 1918 durchgeführten Generalstreiks, nach einer von der Berufsorganisation der Arbeiter und Angestellten im Dienste des schweizerischen Staatenbundes vorge-